

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-  
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pettzeile oder deren  
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen  
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 139

Fernruf 179.

Wildbad, Samstag, den 19. Juni 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

## Wochenrundschau.

Nach den überaus heftigen und glücklich überstandenen Wahlkämpfen tritt nun am Donnerstag, den 24. Juni, der neue Reichstag in Berlin zusammen. Seit Tagen in bald Wochen ist man an der Regierungsbildung und auf der Suche nach einem Reichskanzler. Man sollte meinen, daß in Berlin alle Anstrengungen gemacht würden, zu einer festen, in sich geschlossenen und einer möglichst langen Dauer versprechenden Regierung zu kommen. Es hatte bis jetzt den Anschein, als ob sich die führenden Politiker dazu schwer entschließen können. Zuerst kam Müller daran, dann Heinze, weiterhin Trimborn und zuletzt sollte Mayer-Kaufbeuren helfen, nachdem es weder dem Sozialdemokraten Müller gelungen war, mit der U. S. P. die Verständigung zu einer Koalition zu erzielen, noch dem volksparteilichen Führer Heinze, eine sichere bürgerliche Mehrheit zusammenzubringen. Der Zentrumsführer Trimborn verweist auf den bayerischen Volksparteiler und derzeitigen Geschäftsträger in Paris Mayer, um so den verlorenen bayerischen Zentrumsflügel wieder zu gewinnen. Ein Block der Mitte wird es werden, aber immer noch fehlt der gegebene Mann, der die Fäden in die Hand nimmt, zu einer Zeit, wo wir eine Regierung so dringend benötigen. An der voraussichtlichen Regierungsbildung werden sich die Demokraten beteiligen, nicht, wie man sie beschuldigt, weil sie zu viele Ministerstellen und sonstige Beamtenposten zu riskieren hätten, sondern weil sie von der Pflicht durchdrungen sind und einsehen, jetzt, trotz der Wahlniederlage, nicht frohig in die Ecke zu stehen und zuzusehen, wenn die andern sich an die Arbeit machen. Die Bedingungen Dr. Peterjens dürften freilich nicht alle in Erfüllung gehen; dagegen ist es richtig, daß eine gesunde Koalitionsregierung nur auf Grund eines Programms gebildet werden kann, das heute den Ersatz für den Monarchen bilden muß und darum schon etwas mehr sein sollte als ein Stück Papier. Auch die U. S. P. hatte ursprünglich acht Bedingungen für ihr Zusammenwirken mit der Mehrheitssozialdemokratie aufgestellt, aber so feurig rot, wie es auch heute in Berlin auszu sehen mag, diese durch und durch bolschewistischen Bedingungen gingen sicherlich doch nicht in Erfüllung. Die ewige Regierungskrisis hat dem Parlamentarismus vollends den Gnadenstoß gegeben. Ein Bänder sieht und ein Kind begreift, daß bei 7 oder 8 Parteien der Parlamentarismus untauglich ist; er hat zur Voraussetzung nur zwei, höchstens drei Parteien. Bei uns in Deutschland ist er schuld an dem Chaos, an dem Kuhhandelsprinzip, an der Unmöglichkeit, eine tragfähige Mehrheit dauernd zusammenhalten. Warum sollen wir denn nicht lieber verwaltet als politisch geführt werden? Daß die politische Führung keine Autorität hinter sich hat, wenn sie auf einer Parlamentsmehrheit beruht, liegt doch nachgerade auf der flachen Hand.

Während dieser Krisenzeit tagt in Berlin die Reichsschulkonferenz. 7-800 Männer sprechen über die Reformfrage unseres Schulwesens, als ob dieses das schlechteste statt des besten in der Welt schon immer gewesen wäre und wir nichts eiligeres zu tun hätten, als es auf den Kopf zu stellen. Die Ausschüsse führten nun am Donnerstag ihre Beratungen zu Ende. Von den Ergebnissen sei folgendes kurz hervorgehoben. Nach dem vom Ausschuss 9 (Lehrerbildung) beschlossenen Beschlüssen, die im Plenum zur Annahme empfohlen werden, sollen alle Lehrer ihre grundlegende Vorbildung in den zur Hochschule führenden allgemeinen und Berufsschulen erhalten. Die pädagogische Ausbildung erfolgt nach dem Antrag eines Regierungsvertreters, des Ministerialrats Brauer (Stuttgart), auf einer Hochschule und zwar durch Einrichtung selbständiger pädagogischer Institute im Rahmen der philosophischen Fakultäten, die geeignet sind, die an den Hochschulen wirkenden Lehrkräfte für die pädagogischen Zwecke heranzuziehen. Die pädagogischen Fakultäten sollen überhaupt nicht als besondere pädagogische Akademien, sondern im Bedürfnisfall oder als Versuch neben den pädagogischen Universitätsinstituten errichtet werden. Zu den pädagogischen Studien muß jedoch das Studium mindestens eines Fachgebietes hinzutreten. Ein Antrag Frischens-Köhler auf einen Versuch mit einer neuen Ausbildungsmethode wurde abgelehnt. Nach einem Antrag Umlauf soll den Lehrern aller Art schon während ihrer

Ausbildung auf der Hochschule Gelegenheit gegeben werden, mit der Jugend aller Klassen und ihrer Erziehungsweise bekannt zu werden. Im übrigen ist die Einführung in die pädagogische Praxis durch Landesgesetzgebung zu regeln. Die bestehenden Lehrerbildungsanstalten sollen vom Frühjahr 1921 an abgebaut werden und die Ausbildung bis spätestens 1927 vollzogen sein. Die Ausbildung der Lehrerinnen erfolgt nach denselben Grundsätzen wie die der Lehrer. Daneben sollen besondere Lehrgänge für die speziell die weibliche Eigenart angehenden Gegenstände eingerichtet werden. — Die Verhandlungen wurden von dem bad. Kultusminister Hummel sehr geschickt geleitet. Der würt. Kultusminister Lieber nimmt ebenfalls an den Verhandlungen teil. Er wird übrigens nicht in den Reichstag einziehen, da es sich nach öfterem Hin- und Herrechnen herausgestellt hat, daß er unter den durchgefallenen demokratischen Abgeordneten der Reichsliste der erste ist.

Außer dieser Konferenz ergab die Woche verschiedene wichtige Tagungen im Reich, die nicht ohne politische Bedeutung waren, da heute wirtschaftliche und politische Momente ineinander übergreifen. So war es interessant, auf dem Gastwirtstag in Ebingen zu hören, daß der Witt heute nicht mehr Eigentümer, sondern nur noch der Hausknecht des Kapitals sei. Interessant war auch der landw. Genossenschaftstag. Geradezu pilant aber ist die Tatsache, daß die sabbatischen Verkehrsbeamten, die sich seinerzeit so sehr auf den Übergang der Verkehrsanstalten an das Reich freuten, jetzt schon damit drohen, von ihrem auf Jahresfrist eingeräumten Recht zum Rücktritt in den Landesdienst Gebrauch zu machen. Man scheint sich gewaltig verrechnet zu haben. Das gilt jedoch nicht nur von den Beamten, sondern auch vom ganzen Publikum. Als Beispiel brauchen wir nur die Massenkländigung der Fernsprechanstalten zu nennen. Oder man sehe in der Stadt die handvoll Briefe an, die heute noch ein Briefträger auszuliefern hat, wohlverstanden zu seinen heutigen Gehaltsfäden! Das ist eine Folge der Postvertierung. Oder man höre, daß die Staatseisenbahnen im Reich einen Defizit von 170 Millionen haben. In demselben Atemzug aber, in dem uns die Regierung dies eröffnet, gibt sie uns Schilderungen über die Tätigkeit der Fremdenüberwachungskommissionen im Lande, die überall gleich Henkern mit ihren Automobilen auftauchen, um die wichtigsten Zweige unserer Industrie vollends zu erwürgen! Wir haben es herrlich weit gebracht!

All diese Sorgen berühren uns jedoch vorläufig nur mittelbar. Die öffentliche Meinung gehört einstweilen mehr den unerwünschten Kirchenpreisen sowie der Frage der Milch- und Fleischpreise. Die Kirchenfrage erscheint nicht wichtig genug. Man sagt wohl, wenn sie zu teuer sind, der möge keine kaufen, denn man könne sie bei der Ernährung entbehren. Daß sie so teuer bleiben beruhe darauf, daß diese immer noch gekauft werden und wenn man zusehe, wer sie kauft, so könne man nur sagen, daß gewisse Leute immer noch zu viel Geld haben. Man bedenke aber der Armen und Kranken, der Kinder, die nun einmal ihren Kirchenhunger stillen möchten, jedoch infolge der hohen Preise auf Kirchensessen verzichten müssen. Ebenso wichtig sind die Fleischpreise. Es herrscht große Fleischnot, nicht bloß wegen der Seuche, sondern auch wegen schwerer wirtschaftlicher Fehler, die die Regierung gemacht hat. Geradezu tragisch ist die Milchfrage. An die Landwirtschaft richten wir deshalb unseren Appell, deren Sache wir all die Jahre hindurch mitversprochen haben: Nehmt Rücksicht auf die Kinder und Kranken! In allen Erzeugnissen möget ihr verdienen, wie jeder andere Erwerbsstand verdient, aber in der Milch haltet Maß! Laßt euch nicht erbittern durch ungerechte Urteile und verfehlte Anordnungen, sondern bleibt eurer Christenpflicht eingedenk, wenn es sich darum handelt, entkräfteten Kranken das Leben zu erhalten und für Deutschlands Zukunft einen lebensfähigen Nachwuchs aufzuziehen. Bor allem leiern zu den erhöhten Preisen nun auch alle Milch ab, die ihr entbehren könnt!

Regierungskrisen sind auch im Ausland an der Tagesordnung. Die in Wien, wo die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten nicht mehr zusammenarbeiten wollen, ist noch ungelöst. Die in Italien hat zu dem angeländeten Kabinett Giolitti geführt, von dem mit

der Zeit eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Italien zu erwarten ist. Zwischen Schweden und Finnland ist eine starke Spannung wegen der Alandsinseln entstanden, die schon im Krieg als Festung eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Bolschewisten bringen in Persien kräftig vor, während sie gegen Polen kein Kriegsglück mehr haben. England sieht sich durch ihre Waffenerfolge in Asien so sehr bedroht, daß es die wegen Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen in London weilenden Mission des Russen Krassin auszuweisen droht. Es wird den Engländern nicht so sehr ernst damit sein, denn außer der amerikanischen Handels- und Schifffahrts-Konkurrenz und der ungewissen Erstarkung Frankreichs in Afrika und Kleinasien ist ihre größte Sorge wohl die, sie könnten bei dem Wettrennen um die Ausbeutung Rußlands zu spät kommen. Unrecht Gut gedeiht eben nicht.

## Fehrenbachs Verhandlungen.

Berlin, 18. Juni.

Wie das „Berliner Tageblatt“, die „Vossische Zeitung“ und der „Lokalanzeiger“ in späteren Nachtstunden erfahren haben, sind die Bemühungen Fehrenbachs, ein Kabinett aus den drei alten Koalitionsparteien zustandezubringen, ergebnislos geblieben. Die Sozialdemokratie erklärte endgültig, daß sie sich nicht an der Regierung beteiligen würde, und daß man daher von weiteren Bemühungen um ihren Eintritt in das Kabinett absehen möchte. Die weiteren Verhandlungen beim Reichspräsidenten galten dann der Frage, wie sich die sozialdemokratische Fraktion zu einer etwaigen Regierung, die aus der Demokratischen Partei, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei bestehe, verhalten würde. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß sie dem neuen Kabinett angesichts der Verhandlungen in Spa keine Schwierigkeiten bereiten würden, daß sie sich aber auch alle Schritte vorbehalten müßten, wenn die Regierung eine archaische politische Politik einschlagen würde. Eine ausdrückliche Vertrauensklärung würde die sozialdemokratische Fraktion freilich dem neuen Kabinett nicht geben, aber sie würde andererseits nicht für eine Misstrauenserklärung stimmen. Sämtliche sozialdemokratischen Minister würden zurücktreten, dagegen würden die sozialdemokratischen Staatssekretäre nur insofern aus ihren Ämtern scheiden, als es sich um sogenannte parlamentarische Staatssekretäre handle. Alle anderen würde man als Beamte ansehen und sie nicht zum Aufgeben ihrer Positionen veranlassen.

Gestern hat sich Präsident Fehrenbach noch mit Dr. Peterien, Dr. Haas und Konrad Kaufmann von der demokratischen Fraktion in Verbindung gesetzt. Ferner hat er Hermann Müller und Löbe von der sozialdemokratischen Partei gebeten, an der Besprechung teilzunehmen, auch Dr. Trimborn vom Zentrum war bei den Verhandlungen zugegen. Die Besprechungen zogen sich längere Zeit hin. Das Mittagessen nahm Präsident Fehrenbach gemeinsam mit Dr. Heinze aus der Deutschen Volkspartei ein. Dr. Heinze legte ihm beim Gespräch nahe, eine Koalition aus der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Demokratie zustandezubringen und die Sozialdemokratie zu veranlassen, dem aus diesen Parteien gebildeten neuen Kabinett bei seiner Vorstellung im Reichstag das Vertrauen auszusprechen. Jemand einen verbindlichen Charakter hatte dieses Gespräch selbstverständlich nicht. Vertreter der Deutschen Volkspartei wurden auch nachmittags, als die Verhandlungen der drei alten Koalitionsparteien bei Fehrenbach weitergeführt wurden, nicht hinzugezogen.

Nachmittags begaben sich Präsident Fehrenbach, Dr. Trimborn, Dr. Peterien, Kaufmann, Hermann Müller und Löbe zum Reichspräsidenten Ebert, nachdem zwischen Löbe und Fehrenbach eine kurze Besprechung stattgefunden hatte.

## Aus den Parteilagern.

Allgemein wird bekannt, daß in dem bisherigen Präsidium der Nationalversammlung für die verwickelten Aufgaben eine Persönlichkeit gefunden wurde, die durch die verbindliche Art ihres bisherigen parlamentarischen Auftretens einer gewissen Zustimmung der verschiedenen Parteien sicher sein kann.

Wie der „Vorwärts“ meldet, verhandelte Fehrenbach gestern mit den demokratischen Abgeordneten Haas,

Dauhmann und Peterfen, mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Heintze, und den Sozialdemokraten Hermann Müller und Lobe. Dabei wurde wiederum der Plan, die alte Koalition weiterzuführen, erörtert, jedoch alsbald fallen gelassen, da die Sozialdemokraten auf ihrem ursprünglichen Standpunkt beharrten. Es könne danach wieder nur eine Regierung der bürgerlichen Mitte in Betracht kommen, an der sich Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei beteiligen. Unter diesen Umständen sei der Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion von heute morgen große Bedeutung zuzusprechen. Die Demokraten wünschten ziemlich weitgehende Zusicherungen, daß die Sozialdemokraten sich gegenüber einer Regierung, in der sie vertreten seien, nicht unfreundlich stellen werden. Nach ihrer Entscheidung vom heutigen Tage werde sich Fehrenbach entschließen, ob er seine Bemühungen weiter fortsetze. Sollte der Beschluß der Demokraten für die neue Regierungsbildung günstig ausfallen, so dürften damit die Hauptschwierigkeiten überwunden sein, und die Ernennung Fehrenbachs zum Reichszentraler würde dann in kürzester Zeit zu erwarten sein.

Ueber die Auffassungen im demokratischen Lager meint die „Voss. Zeitung“, daß man dort nach wie vor den Wunsch habe, die Tür nach Links offen zu halten und die alte Koalition früher oder später wieder herzustellen.

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ schreibt: Die Deutsche Volkspartei hat durch ihre an Trimborn gerichtete Erklärung eine Lage geschaffen, die erst der Rückübernahme der anderen Parteien bedarf, um geklärt genannt zu werden. Von demokratischer Seite wird die Auffassung geltend gemacht, daß zwischen dem Schreiben Dr. Heintzes und der am Dienstag von Dr. Peterfen aufgestellten programmatischen Erklärung eine wesentliche, unauflösbare Gegensätzlichkeit nicht zu erkennen sei.

**Berlin, 18. Juni.** Die Führer der Gewerkschaften wurden am Mittwoch mittag vom Reichspräsidenten empfangen. Die Besprechung galt der Neubildung des Reichskabinetts und den von den Gewerkschaften für die Neubildung geäußerten Wünschen. Die Führer der Gewerkschaften erklärten, daß sie von der Unterredung befriedigt seien.

## Gehalts- und Lohnabzug vom 25. Juni ab!

Das neue Einkommensteuergesetz enthält die Vorschrift, daß jeder Arbeitgeber bei jeder Gehalts- oder Lohnzahlung 10 Prozent zwecks Sicherung der Einkommensteuer einzubehalten hat; wer dies unterläßt, muß den fehlenden Betrag später aus seiner Tasche zulegen, wenn der Arbeitnehmer seine Steuern nicht bezahlt.

### Allgemeine Bestimmungen.

Der Arbeitgeber hat bei jeder Zahlung von Arbeitslohn, worunter nicht nur Barlohn, sondern auch Natural- und sonstige Sachbezüge fallen, 10 v. H. des Arbeitslohnes und zwar des Barlohnes einzubehalten. Treffen Barlohn- und Natural- oder sonstige Bezüge zusammen und übersteigt der Wert dieser Bezüge den Barlohn, so beschränkt sich der Abzug auf 20 v. H. des Barlohns. Werden also monatlich 80 Mk. in bar bezahlt und 300 Mk. nach den vom Versicherungsamt festgesetzten Ortspreisen für Wohnung und Verpflegung gerechnet, so sind doch nur 16 Mk. (20 v. H. des Barlohns) abzuziehen. Vorschußzahlungen gelten als Gehalts- oder Lohnzahlung.

Dem Abzug von 10 Prozent unterliegen auch Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenspensionen und andere Bezüge für frühere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit, wenn ihr Jahresbetrag 1500 Mk. übersteigt. Berechnet wird der Abzug, indem von dem Betrag oder Wert der Dienstvergütung die reichsgesetzlichen Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge — weitere Kürzungen sind nicht gestattet — abgezogen werden und der Restbetrag durch 10 geteilt wird. Der einzubehaltende Betrag wird auf volle Mark nach unten abgerundet, wenn die Gehalts- und Lohnzahlung für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum erfolgt; bei Lohnzahlungen für weniger als eine Woche ist er auf voll 10 Pfennig nach unten abzurunden.

## Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

60

(Fortsetzung.)

Da fällt ihr Blick auf ihren Trauring. Sie hebt die Hand und sieht den schmalen Goldreifen an, lange — lange — Dann streift sie ihn ab vom Finger und steckt ihn in ein Kuvert.

In fliegender Hast schreibt sie die Adresse darauf: „Korbert v. Achenbach.“ Das geschlossene Kuvert legt sie mitten auf den Tisch. Jetzt den Pelzmantel umgehängt und den Hut aufgesetzt.

Noch einen langen, wehen Blick läßt sie durch das Zimmer gleiten, wobei ein tiefer Seufzer ihre Brust hebt.

Dann öffnet sie die Tür und lauscht — — Alles still.

Nur das Ticken der großen Wanduhr im Vestibül. Und das laute Schnarchen des Hundes.

Sie löscht das Licht aus und geht mit leisen Schritten die Halle entlang.

Ungehört will sie das Haus verlassen. Nicht aus Furcht, man könne sie an ihrem Vorhaben hindern. Kein Mensch in der ganzen Welt würde das fertig bringen. Seit sie den Trauring abgestreift, hat sie aufgehört Diane v. Achenbach, die Herrin von Birkenfelde, zu sein. Die „wilde Hummel von Büffel-Goldfeld“ ist sie wieder, die den Ort verläßt, wohin sie nicht gehört.

Vor der Tür, die zum Schlafgemach des alten Generals führt, bleibt sie stehen. Die unnatürliche Ruhe in ihren Zügen schwindet für einen Augenblick.

Die Verpflichtung des Arbeitgebers zum Abzug besteht für jede vom 25. Juni 1920 ab stattfindende Lohnzahlung. Dies gilt auch für den vor dem 25. Juni verdienten Lohn, sofern die Zahlung erst am 25. Juni oder später erfolgt. Auseinanderrechnungen des vor und nach dem 25. Juni verdienten Lohnes finden also nicht statt. Für diejenigen, deren Lohn erst am 25. Juni oder später ausgezahlt wird, entsteht dadurch gegenüber denjenigen, die den Lohn schon vor dem 25. Juni empfangen, keine Härte, weil es sich nur um die vorläufige Einkommensteuer handelt und daher das, was jetzt zunächst weniger abgezogen wird, bei der endgültigen Veranlagung mehr bezahlt werden muß.

Die Einzahlung des einbehaltenen Betrages erfolgt entweder durch Verwendung von Steuermarken oder durch unmittelbare Einzahlung an die Steuererhebungsstelle des Arbeitnehmers.

Das Einkommen minderjähriger Kinder, die zur Haushaltung der Eltern zählen, wird dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes (Vater oder Mutter) hinzugerechnet, soweit es sich nicht um Arbeitseinkommen des Kindes handelt. Als Arbeitseinkommen soll aber in der Regel nicht der Wert der Mitarbeit der Kinder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb der Eltern gelten. Eine Rückspflicht besteht daher insoweit nicht.

### Verwendung von Steuermarken.

Jeder Arbeitnehmer hat sich von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich, sie kann von der Gemeindebehörde auch Arbeitgebern überlassen werden.

Der Arbeitgeber hat für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte einzulegen und zu entwerfen. Steuermarken von 10 Pfg., 50 Pfg., 1 Mk., 5 Mk., 25 Mk. sind bei den Postanstalten zu beziehen. Die Entwertung erfolgt, indem man das Datum handschriftlich oder mittels Datumstempel mit Tinte auf die Marke setzt, z. B. 29. Oktober 1920, oder abgekürzt 29. Okt. 20. Monatsangabe in Ziffern, z. B. 29. 10. 20, ist nicht gestattet. Unter das Datum kann der Arbeitgeber seinen Namen schreiben oder stemplein. Grundförmlich soll die Einlegung und Entwertung von Steuermarken bei jeder Lohnzahlung erfolgen, auf Antrag kann jedoch gestattet werden, daß für ständig beschäftigte Personen die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung am Ende eines jeden Monats oder Kalendervierteljahres entwertet oder eingeklebt werden.

Der Betrag der entwerteten Marken ist in die Steuerarten einzutragen. Die Steuerkarte hat wagrechte Rubriken mit je 3 Markensfeldern. In ein viertes Feld muß der Arbeitgeber den Gesamtwert der jedesmal verwendeten Marken eintragen, diese Beträge sind seitensweise aufzurechnen und von dem Arbeitgeber, der die letzten Steuermarken der betreffenden Seite geklebt, zu bescheinigen. Bei jeder Zahlung muß eine neue Rubrik benutzt werden, auch wenn in der vorigen Rubrik nicht alle Markensfelder besetzt sind.

### Unmittelbare Einzahlung bei der Steuerstelle des Arbeitnehmers.

Sie erfolgt nur auf Antrag des Arbeitnehmers beim Landesfinanzamt. Um die Genehmigung des Antrags noch vor dem 25. Juni zu erreichen, muß der Antrag schleunigst eingereicht werden.

Die Einzahlung muß spätestens bis zum 10. Tage des folgenden Monats erfolgen. Auf Antrag kann gestattet werden, daß die Einzahlung erst innerhalb der ersten 10 Tage nach Ablauf eines Kalendervierteljahres erfolgt.

Gleichzeitig mit der Einzahlung ist eine Nachweisung in doppelter Ausfertigung einzureichen. Nachweisungen können vom Ende des Monats, ab bei den Finanzämtern bezogen werden. Die Richtigkeit der Nachweisung ist von dem Arbeitgeber oder seinem Vertreter zu bescheinigen. Die Steuererhebungsstelle gibt nach Prüfung eine Ausfertigung mit Empfangsbescheinigung zurück.

Die einkommensteuerfreien Beträge (1500 Mk., 500 Mk., 200 Mk.) werden beim Lohnabzug nicht berücksichtigt. Ihre Berücksichtigung erfolgt erst bei der endgültigen Veranlagung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

Und eine plötzliche Sehnsucht überfällt die einsam: Frau, das gute, alte Gesicht noch einmal zu sehen, das ihr stets so freundlich zugelächelt, das noch gestern Abend liebevolle Worte zu ihr gesprochen hat.

Sie tritt ein.

Der General liegt in seinem großen Himmelbett. Die schweren weißen Samtvorhänge sind halb zugezogen. Auf dem Nachttisch brennt eine kleine Nachtlampe.

Auf den Fußspitzen nähert sich Diane.

Der Greis schläft ruhig.

Dieser und tiefer beugt sich der dunkle Frauenkopf herab, bis die Lippen die bleiche Stirn berühren. Eine heiße Träne rinnt auf das verzerrte Gesicht.

Der alte Mann bewegt sich nicht. Er wacht auch nicht auf. Aber ein süßes Lächeln verklärt die weißen Züge.

Dann gleitet die dunkle Gestalt wie ein Schatten wieder aus dem Zimmer.

Cäsar wacht auf, als sie sich nähert, und beginnt zu knurren. Als er seine Herrin erkennt, wedelt er mit dem Schwanz und reißt seinen klugen Kopf an ihrer Hand.

Sie streichelt ihn.

Der alte Mann und der Hund — die beiden liebten sie. Von ihnen wird ihr der Abschied schwer.

Als sie unten die Haustür öffnet, will Cäsar ihr folgen. Sanft schiebt sie ihn zurück.

Dann geht sie.

Allein sieht sie hinaus in die schwarze Nacht — ein unglückliches mildes Weib.

Die Sonne steht schon hoch am Himmel, als Birkenfelde erwacht.

Eine Anrechnung der 1920 eingeklebten Steuermarken der vom Arbeitgeber bei der Steuererhebungsstelle auf die für 1920 zu entrichtende Einkommensteuer, findet ebenfalls später statt.

Ebenso werden zu viel entrichtete Beträge nicht vor der endgültigen Veranlagung für 1920 zurückgezahlt.

Der Arbeitgeber haftet dem Reich für die Einbehaltung und Entrichtung von 10 v. H. des Arbeitslohnes neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

Die Bestimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn sind im Zentralblatt für das Deutsche Reich vom 4. Juni 1920 — Nr. 27 — S. 832 abgedruckt. Das Zentralblatt ist von Carl Heymann's Verlag, Berlin W. 8, Mauerstr. 43/44 zu beziehen.

## Neues vom Tage.

### Deutscher Gastwirtetag.

**Frankfurt, 18. Juni.** Bei den Verhandlungen des 45. Deutschen Gastwirtetags wurde eine Verschmelzung sämtlicher Gastwirtsverbände Deutschlands zu einer Arbeitsgemeinschaft angeregt. Der Vorstand wurde beauftragt, die Verschmelzung in die Wege zu leiten. Auch der linksstehende Freie Gastwirteverband hat sich jetzt dem Deutschen Gastwirtsverband angeschlossen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage der Bierpreiserhöhung. Dazu wurde mitgeteilt, daß zu dem erst jetzt erfolgten Ausschlag ein neuer Ausschlag von 60 Prozent eintreten soll. Die darüber gepflogenen Verhandlungen zwischen den Behörden geschahen unter Ausschluß der Gastwirts- und Fachverbände. In einer Entschließung verwarnte man sich gegen den Ausschluß und ersuchte den Verbandsvorstand, dahin zu wirken, daß in Zukunft alle wichtigen Fragen, die den Gastwirtsstand betreffen, nur in Einigung mit den zuständigen Fachverbänden gelöst zu werden. In einer weiteren Entschließung empfahl die Tagung ihren Mitgliedern wärmere Unterstützung der Organisationen der technischen Industrie.

### Neue Reichspost-Funkspruchstellen.

**München, 18. Juni.** Nach Stuttgart, wo gegenwärtig die Abstimmung und Uebergabe der Reichspostfunkstelle Stuttgart vorgenommen wird, wird auch München eine Reichspost-Funkspruchstelle erhalten. Dieselbe wird zweiteilig sein und in einer Empfangs- und Sendestation bestehen. Ihre Reichweite wird sämtliche deutsche Funkstellen umfassen. Außer nach München werden solche Stationen noch nach Nürnberg und Würzburg kommen, reine Empfangsstationen an eine größere Anzahl von bayerischen Städten.

### Generaldirektor Heincken nach Newyork.

**Berlin, 18. Juni.** Wie verschiedene Morgenblätter berichtet wird, schiffte sich der Generaldirektor Heincken vom Norddeutschen Lloyd nach Newyork ein.

### Polnische Uebergriffe.

**Berlin, 18. Juni.** Ueber einen unerhörten polnischen Völkerverstoß heißt es im „Berl. Lokalanzeiger“ aus Marienwerder: Dr. v. Holtum, der Geschäftsführer der Zentrale für Arbeitsgemeinschaft der polnischen Parteien im westpreussischen Abstimmungsgebiet, wurde in der Nacht zum 17. Juni in Neustadt (im polnischen Korridor) aus dem Schlafwagen heraus verhaftet. Irigend welche Gründe wurden nicht bekannt. Es sei aber anzunehmen, daß die Polen mit der Verhaftung die Abwicklung der deutschen Vorbereitungen zur Wahl erschweren wollten. Holtum hat stets eine sehr ruhige Haltung im Abstimmungsgebiet bewahrt.

### Neue schweizerische Gesandtschaften.

**Bern, 18. Juni.** Der Nationalrat beschloß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Errichtung von drei neuen Gesandtschaften in Brüssel, Stockholm und Warschau.

### Krieg im Osten.

**Kopenhagen, 18. Juni.** Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Generalstabsoberbefehlshaber, daß an der nördlichen Front die polnische Gegenoffensive zur Beherrschung der Linie längs des Flusses Auto (?) an der oberen Beresina führte. 6 bolschewi-

Der Telegraphenbote war soeben da und hat ein Telegramm für Herrn v. Trotha abgegeben.

Erwas erkannt ist. Gerald das zusammengefaltete Säcken Papier (1917) er den kurzen Inhalt überfliegt, schüttelt er den Kopf, als begreife er noch nicht recht. Dies nochmals. Bergewissert sich vor allem der Unterschrift —

Kein Zweifel — es ist Diane v. Achenbach, die das merkwürdige Telegramm an ihn geschickt hat:

„Erwarte Sie sofort Berlin Hotel Fürstenhof. Brauche Freundesrat in dringender Angelegenheit. Erbitten Diskretion. Sonnenschein.“

Hastig kleidet er sich an. Daß da irgend etwas nicht stimmt, steht fest. Sont würde sie sich an ihren Gatten, aber nicht an ihn wenden. Aber was? Was? Als er hinunter ins Frühstückszimmer kommt, ist noch niemand anwesend außer Eva, der sofort sein verfürtes Aussehen auffällt.

„Haben Sie schlechte Nachrit erhalten, Herr von Trotha?“ fragt sie teilnehmend. Ich hörte, der Telegraphenbote —

Er wird rot, wie stets, sobald er in Verlegenheit kommt.

„Wie man's nehmen will —“ erwidert er ausweichend. „Jedenfalls muß ich sofort nach Berlin.“

„Wie schade!“

„Auch mir tut es furchtbar leid; aber ich habe eine Freundespflicht zu erfüllen.“

„Dann gehen Sie! Einen Freund darf man nicht warten lassen. Und — auf baldiges Wiedersehen!“

Länger als nötig hält er die schmale Mädchenhand fest.

(Fortsetzung folgt.)

frische Divisionen wurden vernichtet. Bei der Wiedereroberung des Ortes Czernobyl wurden die 72. Sowjetbrigade und 2 Infanterieregimenter vollständig aufgerieben. In einem Militärspital in Kytomir haben die Bolschewisten angeblich 600 polnische Soldaten ermordet.

#### Schwere Kämpfe in Irland.

London, 18. Juni. Der „Morning Post“ wird aus Londonderry gemeldet, daß sich am Mittwoch zwischen 200 Sinn Feinern und Anhängern der Regierung eine Schlacht abspielte, die drei Stunden dauerte. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

#### Vor einem Eisenbahnerstreik in der Tschechoslowakei?

Prag, 18. Juni. Laut Besto Stovo hat die Eisenbahnerunion dem Eisenbahnminister Forderungen überreicht, deren Erfüllung bis zum 23. d. M. verlangt wird, andernfalls am 25. d. M., dem Vorabend des Hauptfesttags des Sokol-Kongresses, der allgemeine Ausstand auf den Eisenbahnen einsetzt werden.

#### Japan und China.

Tokio, 18. Juni. Das Ministerium des Aeußeren veröffentlicht den Inhalt der am 14. Juni an China gerichteten Note. Darin wird wiederholt, daß Japan wünscht, die Verhandlungen über die Rückgabe von Kiautschou an China einzuleiten und erklärt, daß Japan zur Rückgabe dieses Gebiets und zur Zurückziehung seiner Truppen bereit ist. Die Note erinnert daran, daß vor dem Versailler Frieden China in die Uebertragung von Schantung an Japan eingewilligt habe. Die Rückgabe von Kiautschou an China würde an den Bestimmungen des Versailler Vertrags nichts ändern. Die Note verlangt, daß China von seinem Beschluß zurückkomme, keine direkten Verhandlungen mit Japan eröffnen zu wollen.

London, 18. Juni. Der ständige Ausschuss des Obersten Wirtschaftsrats und Krassin sind gestern nachmittag zu einer Besprechung zusammengetreten.

### Württemberg.

Stuttgart, 17. Juni. (Amtliches Landtagswahlresultat.) In einer Sitzung des Landeswahlausschusses im Ministerium des Innern unter Vorsitz von Regierungsrat Dr. Widmann wurde das amtliche Ergebnis der Landtagswahlen festgestellt. Änderungen von Bedeutung sind nicht zu verzeichnen. Es wurden abgegeben 1 096 286 gültige und 41 090 ungültige Stimmen. Die mehrfach gewählten Abgeordneten haben mit Ausnahme des Abg. Dr. Wolf die Wahl auf Grund der Kreiswahlvorschlagsliste angenommen. Für die Sozialdemokratie wurden abgegeben: 176 009, für die Unabhängigen 145 233, für die Bürgerpartei 102 319, für den Bauern- und Weinbauernbund 193 671, für die Deutsche Volkspartei 37 199, für die Deutsche demokratische Partei 161 595, für das Zentrum 247 113 und für die Kommunistische Partei 33 147 Stimmen.

Stuttgart, 17. Juni. (Die Unabhängigen und die Regierungsbildung in Württemberg.) Die neue Landtagsfraktion der Unabhängigen hielt, wie der „Sozialdemokrat“ berichtet, in Gemeinschaft mit dem Landesverband ihre erste Sitzung ab, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. Die rechtssozialistische Partei, vertreten durch die Abg. Keil, Pflüger und Steinmayer, hatte schon am 9. Juni eine Aussprache mit dem Landesvorstand der Unabhängigen. Keil suchte, so sagt das Blatt, den Eintritt in eine bürgerlichsozialistische Koalitionsregierung mündgerecht zu machen. Die Unabhängigen gaben jedoch die Erklärung ab, daß sich ihre Partei nur an einer rein sozialistischen Regierung beteiligen könne, die aber im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Frage komme. Diese Erklärung wurde von der gesamten Fraktion und dem Landesvorstand der U.S.P. einstimmig gebilligt. Zu Vorstehenden der Landtagsfraktion wurden die Abg. Kinkel und Höscha bestimmt.

Stuttgart, 17. Juni. Die Generaldirektion der Staatsbahnen teilt mit: Vom Montag, den 21. Juni 1920 an verkehren die in dem derzeitigen Fahrplan schon aufgeführten Expresszüge 62, 63, 64 und 65 und die Schnellzüge 47, 117 und 118.

Ubingen, 17. Juni. (30. Verbandstag der Wirte.) Unter außerordentlich starker Beteiligung begann am Dienstag mit einer Delegiertenversammlung in Abwesenheit von 137 Bezirksvertretern der 30. Wirte-Verbandstag. Aus dem von Verbandssekretär Zeiner vorgetragenen Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß sich die Schwierigkeiten im Gastwirtschaftsgewerbe bedeutend vermehrt haben. Der Mitgliederstand ist heute 7000 und auf 67 Bezirksvereine verteilt. Der Passenbericht weist einen Vermögenszuwachs von 5057 M. auf, bei der Unterstützungskasse eine Zunahme von 10 525 M. und bei der Wirtzeitung einen Reingewinn von 9431 M. Die Aussprache war ausgedehnt und lebhaft und führte zu verschiedenen Beschlüssen, so u. a.: Der Verband muß verlangen, daß alle schwebenden Prozesse wegen Ueberschreitung der Weinhöchstpreise niedergeschlagen werden. Der Verbandsbeitrag wird vom 1. Juli ab von 8 auf 10 M. erhöht. Als Ort des nächstjährigen Verbandstags wird unter zwei Orten, Schornborn und Dellingen, das letztere gewählt.

Zutlingen, 17. Juni. (Mätselfasther Tod.) Dem Bericht über den Tod der 22 Jahre alten Anna Koch aus Troßingen ist nachzutragen, daß die Verunglückte nicht in den nach Mühringen abgehenden Zug gestiegen ist. Sie wurde nach Abfahrt dieses Zuges hier noch gesehen. Nach den Erhebungen der Sektion ist ein Mord ausgeschlossen. Man neigt zu der Ansicht, daß es sich um einen Selbstmord handelt.

Siberach, 17. Juni. (Der Bischof über die derzeitige Lage.) Bei der Firmung in Siberach hielt Bischof Dr. Paul Wilhelm v. Keppeler von Rotenburg eine Ansprache, in der er zum Zusammenschluß anforderte in einer Zeit, wo alles wieder einer schweren Schicksalsstunde entgegensteht und wo wir nicht wissen, was die nächsten Wochen bringen werden, wo wir schau-

kend befürchten müssen, daß neue Unruhen, neues Blutvergießen, neuer blutiger Krieg über uns hereinbrechen werden. Es könnten noch furchtbare Zeiten kommen, ärger noch als die wir hinter uns haben. Da brauchen wir die Hilfe von oben, um unsere Pflichten zu erfüllen und sie zu erfüllen.

### Badischer Landtag.

49. Sitzung.

Karlsruhe, 16. Juni.

In der heutigen Sitzung des Landtags wurde die Beratung des Etats des Finanzministeriums fortgesetzt. Dr. Zehner (Z.) verlangte große Sparsamkeit in der Verwaltung. Der Aufwand des Landes theaters sei zu groß (jetzt 3 1/2 Mill.). In der Pflege von Spiel und Sport werde zu weit gegangen. Marx (S.) erklärte, daß seine Partei dem Staatsvoranschlag zustimmen werde. Dr. Mayer-Karlsruhe (Dn.) erklärt, wenn seine Partei von dem Recht der Opposition, den Etat abzulehnen, keinen Gebrauch mache, so geschehe es deshalb, weil seine Partei meine, daß die Verhältnisse in Baden nicht mit denen im Reich verglichen werden dürfen.

50. Sitzung.

Karlsruhe, 17. Juni.

In der heute fortgesetzten Finanzdebatte dankte Finanzminister Köhler für die Anerkennung, die den Beamten des Finanzministeriums gezollt wurde und die in der Tat berechtigt sei. In dem demnächst des Landtags zugehenden 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag werde man mit einer Anforderung von 100 Millionen M. nicht auskommen. Die neue Besoldungsordnung wird einen höheren Betrag erfordern. Die Veranlagung des Reichsnotopfers steht unmittelbar bevor. Die Einrichtung der Staatsräte hat sich in der Uebergangszeit gut bewährt. Es wird Aufgabe des Landtags sein, über die weitere Beibehaltung der Staatsräte zu entscheiden. Sicher ist, daß auch 2 Ministerien aufgegeben werden. Das ist der erste Schritt zur Staatsvereinfachung. In der weiteren Aussprache wünschte Abg. Schöpple (D.Nat.) eine Zusammenlegung der würt. und bad. Staatsverwaltung. Auch Abg. Dr. Kraut (Soz.) stimmte dieser Staatsvereinfachung zu. Er wandte sich gegen die Anträge, die in der gestrigen Sitzung gegen die Spiel- und Sportbewegung geäußert wurden und trat für eine Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten ein. Abg. Dr. Baumgartner führte aus, die Frage der Vereinigung von Baden, Hessen und Württemberg sei nicht so ohne weiteres zu lösen. An unserem bish. Selbstständigkeit sollte man doch festhalten. Abg. Dr. Götthein (Dem.) betonte, wir hätten im Reichstag eine viel wichtigere Vertretung, wenn wir mit Württemberg zusammengingen. Abg. Mayer (D.Nat.) wandte sich gegen die Ausbeutung der Staatswälder in der jetzigen Form. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Freudenberger (Dem.) und Königsberger (Soz.) trat Abg. Grohmann (Soz.) für die Spiel- und Sportbewegung ein. Sodann wurden die Anforderungen für die Domänen- und Forstverwaltung einstimmig genehmigt. — Fortsetzung der Finanzdebatte morgen vormittag.

### Baden.

Mannheim, 17. Juni. Die Diebstähle in der Ludwigshafener Anilinfabrik hatten in der letzten Zeit derart überhand genommen, daß die Direktion die Polizei herbeirief. Als die Abendschicht am Montag beendet war, erschienen ungefähr 80 Schulkente, um die schwerbedachten Muffade der Arbeiter zu durchsuchen. Große Mengen wertvoller Materials wurden gefunden und 120 Arbeiter verhaftet.

Seidelberg, 17. Juni. Die Bahnpolizei verhaftete einen Väterlehrerling, der im Besitz von 30 000 M. war, über deren Herkunft er sich nicht ausweisen konnte.

Offenburg, 17. Juni. Die diesjährige Generalversammlung des bad. Müllerbundes findet am Sonntag den 11. Juli hier statt.

Freiburg, 17. Juni. Am Dienstag nachmittag wurde in der Nähe von Herdern die Leiche eines noch jungen Mannes aufgefunden, die nur mit einem Hemd bekleidet war. Der Schädel war zertrümmert und die Herzgegend wies Messerschnitte auf. Die Leiche war von den noch unbekanntem Tätern in einem Gebüsch versteckt und mit Heu bedeckt worden. Wahrscheinlich liegt Raubmord vor.

Triberg, 17. Juni. Der Verlag des hiesigen Zentrumsblattes, des „Triberger Boten“, ist samt Druckerei in den Besitz des bisherigen Schriftleiters und Geschäftsführers Nikolaus Aker übergegangen.

#### Kleine Nachrichten.

Berlin, 18. Juni. Die demokratische Partei, von deren Entschlüssen man eine Lösung der Kabinettkrise erwartet, ist in ihren Beratungen bisher zu keinem Beschluß gekommen.

Berlin, 18. Juni. Nach einer Mitteilung des Magistrats hat die Stadt Ende April 1920 eine schwebende ungedeckte Schuld von 522 Millionen.

Berlin, 18. Juni. In Hamburg und Umgebung sind 10 Personen wegen ganz bedeutender Eisenbahnverschleppungen verhaftet worden, so in Hamburg und Wilhelmsburg ein Hafenarbeiter, Hilfschaffner, verschiedene Handwerker und Kaufleute. Die Waren haben einen Wert von vielen Millionen Mark. Bei verschiedenen Verhafteten wurden große Geldbeträge gefunden und beschlagnahmt.

Berlin, 18. Juni. (Amtlich.) Reichsdeutsche, die in Tirol einreisen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie dort Brot, Fett und Fleischwaren nur gegen Hergabe der reichsdeutschen Brot-, Fleisch- und Fettsorten erhalten.

Berlin, 18. Juni. Die Feste Kuffstein soll laut „Berl. Lokalanzeiger“ an einer Wiener Konfession ver-

taus und niedergelegt werden. Der Gemeinderat von Kuffstein hat den schärfsten Widerspruch dagegen erhoben.

Paris, 18. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Bissabon ist der deutsche Geschäftsträger, Geh. Rat Haug, in Bissabon eingetroffen.

Paris, 18. Juni. In der gestrigen Kammer Sitzung erhob nach Beratung des Etats des Kriegsministeriums der Kriegsminister Andre Bessere Einspruch gegen die Angriffe von deutscher Seite auf die schwarzen Truppen, d. h. die Senegalesen. Diese gaben keinen Anlaß zu Beschwerden seitens der Bevölkerung, hielten viel mehr Disziplin und achteten die Bewohner. Die von ihnen hervorgerufenen Zwischenfälle seien weniger zahlreich als die bei anderen Truppen. (?)

Paris, 18. Juni. Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus London werden in Boulogne zwischen Lloyd George und Millerand außer der Festlegung der deutschen Schuld auch die Beziehungen zu Rußland besprochen werden.

Paris, 18. Juni. Am 50. Jahrestag der Errichtung der dritten Republik, den 4. September, will man durch ein besonderes Fest begehen und deshalb die Feier des Nationalfestes am 4. Juli einschränken.

Paris, 18. Juni. Der Abgeordnete Andre Friebourg hat eine Interpellation über die Orientfrage, besonders über die Rolle Frankreichs in Konstantinopel seit Oktober 1918, angekündigt.

London, 18. Juni. Krassin hatte eine Unterredung mit dem persischen Minister des Aeußeren, Prinzen Keruf.

Montreal, 18. Juni. (Neuer.) Die Konferenz des amerikanischen Arbeitsbundes hat den Antrag, wonach die Regierung der Vereinigten Staaten ersucht werden sollte, die Sowjetregierung anzuerkennen und die Blockade aufzuheben, nach erregter Debatte unberücksichtigt gelassen.

#### Kleine Nachrichten.

Berlin, 17. Juni. Ein Gesandtschaftsbericht über die Verstaatlichung einzelner Kohlenbergwerke ist für den sächsischen Landtag ausgearbeitet.

Berlin, 17. Juni. Das „Berl. Tageblatt“ meldet aus Aemscheid, daß ein englisches Truppenkommando in Werbungröthen in der Wohnung des unabhängigen Stadtverordneten Hasländer ein Waffenlager von etwa 200 Infanteriegewehren und zahlreichen Maschinengewehren fand. Die englischen Truppen beschlagnahmten die Waffen und verhafteten Hasländer.

Berlin, 17. Juni. Nach verschiedenen Meldungen bestätigt es sich, daß Verhandlungen zwischen einem russischen Konzern und einer deutschen Bank über die Gründung einer neuen deutsch-russischen Bank schweben.

Dortmund, 17. Juni. Zum Nachfolger Severings als Reichs- und Staatskommissar für die Industriebezirke ist der mehrheitssozialistische Redakteur Mehlig, hier, ernannt worden.

Paris, 17. Juni. Die Kammer genehmigte mit 500 gegen 73 Stimmen das Projekt der Erschließung neuer Einnahmequellen in seinem ganzen Umfang.

Toulon, 17. Juni. Der Dampfer „Gul Dschomal“ ist von Konstantinopel kommend, mit der türkischen Friedensdelegation an Bord in Toulon eingetroffen. Die Delegation setzt sich aus 10 Personen zusammen, an deren Spitze der Großvezir steht.

London, 17. Juni. (Neuer.) Bei der Erbschaftswahl in South wurde der unabhängige Liberale Wintringham mit 9859 Stimmen gewählt. Turner (Koalitionsunionist) erhielt 7354 Stimmen.

### Letzte Nachrichten.

#### Neue Milliardenforderungen.

Berlin, 18. Juni. Von der offiziös beherrschten „Demokratie“ werden neue Mehrforderungen angekündigt. Dem Reichsfinanzminister sollen zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben Kredite in Höhe von 3900 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Außerdem soll der Kredit für die Fehlbeträge der Reichseisenbahnen und der Reichspost- und Telegraphenverwaltung noch stärker als bisher in Anspruch genommen werden. Das Defizit bei der Reichseisenbahn beträgt für das erste halbe Jahr 1920 allein etwa 8000 Millionen Mark.

#### Amerikanisches Darlehen an Deutschland.

Berlin, 18. Juni. Nach einer Meldung aus New York hat die amerikanische Regierung den Abschluß einer Anleihe in der Höhe von 14 Millionen Dollar, das sind 650 Millionen Mark, an Deutschland genehmigt.

#### Verhaftung von Arbeiterführern.

Ludwigshafen, 18. Juni. Heute in den frühen Morgenstunden wurden von der französischen Besatzungsbehörde neue Verhaftungen von Arbeiterführern vorgenommen. Sie wurden im Auto aus der Stadt weggeführt. — Heute ist eine höhere Kavallerieabteilung mit Maschinengewehren eingerückt. Die Lage hat hierdurch eine weitere Zuspitzung erfahren.

#### Englands Militärausgaben.

Amsterdam, 18. Juni. Nach dem vom englischen Kriegsamt veröffentlichten Voranschlag für 1920/21, der eine Ausgabe von 125 Millionen Pfund für eine Streitmacht für 333 632 Offiziere und Mannschaften, ausschließlich des Heeres in Indien vorsieht, befinden sich im Rheinland 16 674 Mann, die eine Ausgabe von 4 350 000 Pfund erfordern.

#### Sowjetistische Räumung Persiens.

Paris, 18. Juni. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London berichtet „Daily Telegraph“, die Antwort aus Moskau wegen des persischen Protestes gegen den sowjetistischen Einfall sei gestern abend in London eingetroffen. In gutunterrichteten Kreisen erklärte man, die Regierung von Moskau habe den Befehl zur Räumung Persiens gegeben.

**Aus der Heimat.**

Die Pauschgebühren für die Nebenanschlüsse der Fernsprechteilnehmer erhöhen sich ab 1. Juli und zwar werden voraussichtlich erhoben für jeden Nebenanschluß 80 Mk., sowie für je 100 Mtr. Leitung weitere 20 Mk. jährlich. Den Teilnehmern mit Nebenanschlüssen wird ein außer-gewöhnliches Kündigungsrecht bis 25. Juni auf 30. Juni eingeräumt.

Bezüglich des amtsärztlichen Zeugnisses, das alle Kurgäste als Bedingung zur Zulassung nach Wildbad von zuhause beibringen müßten, aber es häufig übersehen, hat sich nunmehr folgender Brauch hier eingeführt. Der für Wildbad zuständige Oberamtsarzt, der nicht mehr wie bisher seinen Sitz in Reutenbürg hat, sondern in Calw,

kommt jeden Mittwoch hieher, um die eines solchen Zeugnisses ermangelnden Kurgäste zu untersuchen und geeigneten Falls mit einem amtsärztlichen Zeugnis nachträglich zu versehen. Es ist zu diesem Zweck Mittwoch nachmittags von 2—4 Uhr im Katharinenstift für die in Privathäusern oder kleinen Gasthöfen wohnenden Patienten zu sprechen und wird sodann die Runde durch die größeren Pensionen und Hotels machen.

**Spielplan des Landeskurtheaters vom 20.—27. Juni.**  
 Sonntag, 20. Juni . . . . . Rose v. Stambul  
 Montag, 21. Juni . . . . . Charley's Tante  
 Dienstag, 22. Juni . . . . . Weibsteufel  
 Mittwoch, 23. Juni . . . . . Dorf ohne Glocke  
 Donnerstag, 24. Juni . . . . . Eine Ballnacht

Freitag, 25. Juni . . . . . Das Dreimäderlhaus  
 Samstag, 26. Juni . . . . . Willy's Frau.

**Ev. Gottesdienst.** Sonntag, 20. Juni, 3. Sonn. n. Trin. 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 10 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 1 Uhr Christenlehre für die Söhne: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

**Kath. Gottesdienst.** Sonntag, 20. Juni, 7 Uhr Frühmesse. 9 Uhr Predigt und Amt. 10 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht. Montag und Mittwoch keine heil. Messe, an den übrigen Wochentagen 7 Uhr heil. Messe. Beicht: Samstag von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag 7 und 8 Uhr, an den Werktagen bei der hl. Messe.

# Otto Siber = Linden-Kabarett gehen haben.

den vielseitigen Vortragskünstler müssen Sie als Schwäbischen Rezitator, Humorist, Charakterdarsteller und Grotteskkomiker im

## Bekanntmachung

betreffend die Auflegung des Viehseuchen-Umlage-Berzeichnisses.

Das auf Grund des Art. 9 u. 10 des Ausf.-Ges. z. Viehseuchengesetz vom 8. Juli 1912 für das Rechnungsjahr 1920 gefertigte Viehseuchenumlageverzeichnis ist gemäß § 349 Abs. 3 der Ausf.-Vorschriften zu obigem Gesetz vom Montag, den 21. bis einschl. Samstag den 26. Juni 1920 auf dem Rathaus (Meldeamt) zur Einsichtnahme durch die Tierbesitzer aufgelegt.

Innerhalb dieser Frist von 6 Tagen können gegen die Einträge in dem Verzeichnis von den beteiligten Tierbesitzern Einwendungen erhoben werden.

Spätere Einwendungen finden keine Berücksichtigung. Nach Verfügung des Min. d. Innern vom 11. Mai 1920 sind anzulegen:

auf ein Pferd . . . . . 50 Pf.  
 auf 1 Stück Rindvieh . . . . . 5 Mk.

Wildbad, den 19. Mai 1920.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

## Fleisch-Abgabe.

Die Nr. 621 bis Schluß sowie Spaltenhaus u. Nonnenmühl erhalten am Samstag nachmittags von 2—6 Uhr im Schlachthaus 100 gr frisches Fleisch pro Person.

Fleischkarten sind mitzubringen.  
 Städt. Lebensmittelamt.

## Bekanntmachung

des Landesfinanzamts Abteilung für direkte Steuern betreffend das Inkrafttreten der Vorschriften der §§ 45—52 des Reichseinkommensteuergesetzes.

Nach Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 21. Mai ds. Js. treten die Vorschriften der §§ 45—52 des E.-St.-Ges. vom 29. März 1920 über den Abzug von Einkommensteuer am Arbeitslohn mit dem 25. Juni 1920 in Kraft.

Diese Bestimmungen lauten:

§ 45.

Der Arbeitgeber hat nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen bei der Lohnzahlung zehn vom Hundert des Arbeitslohns zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte (§ 46) des Arbeitnehmers einzuleben und zu entwerfen.

§ 46.

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, sich vor Beginn eines jeden Kalenderjahrs oder vor Beginn eines Dienstverhältnisses von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsorts eine Steuerkarte ausstellen zu lassen und diese Steuerkarte dem Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung zum Einleben und Entwerfen der Steuermarken vorzulegen.

§ 47.

Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber auf Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn, den nach § 46 einbehaltenen Betrag und den Wert der von dem Arbeitgeber in der Steuerkarte eingelebten und entwerteten Steuermarken zu geben.

§ 48.

Der Arbeitnehmer kann die in seiner Steuerkarte und in den Steuerkarten solcher Haushaltsangehörigen, deren Einkommen ihm zugurechnen ist, eingelebten und entwerteten Steuermarken unter Abgabe des entsprechenden Teiles der Steuerkarte spätestens innerhalb der nächsten drei Kalendervierteljahre auf die von ihm zu entrichtende Einkommensteuer an Zahlungsstatt hingeben.

Übersteigt der Wert der nach Abs. 1 hingegebenen Steuermarken den zu zahlenden Steuerbetrag, so hat das Finanzamt den überschüssigen Betrag dem Steuerpflichtigen sofort nach der endgültigen Veranlagung in bar zu erstatten.

§ 49.

Verlorene, unbrauchbar gewordene oder zerstörte Steuerkarten werden ersetzt. Die in solchen Karten nachweisbar eingelebten und entwerteten Steuermarken werden ihrem Wert nach auf die Steuerschuld angerechnet; eine bare Herauszahlung findet in diesen Fällen nicht statt.

§ 50.

Der Arbeitgeber haftet dem Reiche für die Einbehaltung und Entrichtung des in § 45 bestimmten Betrags neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

§ 51.

Die Vorschriften der §§ 45—50 gelten auch für die sonstigen Fälle des § 9 Nr. 1 und für die Fälle des § 9 Nr. 3 entsprechend.

§ 52.

Der Reichsminister der Finanzen kann ein von den Vorschriften der §§ 45—49 abweichendes Verfahren zulassen.

Reutenbürg, den 18. Juni 1920.

Finanzamt.

## Schuhe für Minderbemittelte.

Es erhielten

**Bergschuhe:** das Paar zu 115 Mark  
 die Nummern: 237, 248, 467, 492, 539, 662, 722, 738, 874, 903, 914, 939, 1006, 1011, 3008, 3019, 3024, 3039, 3041, 3042.

**Schnürschuhe:** das Paar zu 70 Mark  
 Nr. 174, 649, 681, 684, 689, 706, 787, 912, 926, 1000, 3037.

**Rinderschuhe:** das Paar zu 35,40 Mk. u. 40,90 Mk.,  
 Nr. 769, 960, 1002, 3070.

Die Abgabe erfolgt am Montag, nachm. 4—6 Uhr.  
 Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

**Fussball-Verein**



**Wildbad**  
 (vereintg. Fuss- und Sportverein)

Mitglied des Verbandes Süddeutscher Fußballvereine.

Am Sonntag, den 20. Juni 1920 findet die

## Platz-Einweihung (Sportplatz Lautenhof)

verbunden mit einem Propaganda-Spiel:

**Sp.-V. Kickers Stuttgart**  
 gegen  
**1. F.-C. Pforzheim**

mit folgendem Fest-Programm statt:

- 9.00 Uhr Empfang der Festgäste am Bahnhof.
- 10.30 Uhr Frühchoppenkonzert im Garten der Alten Linde.
- 12.45 Uhr Abmarsch des Festzuges zum Sportplatz vom Lokal Alte Linde.
- 2.00 Uhr Beginn des Wettspiels Sport-Club Pforzheim — F.-V. Wildbad.
- 3.30 Uhr Beginn des Propagandaspiels (Ausfragung des vom F.-V. Wildbad gestifteten Ehrenpreises).
- 5.00 Uhr Rückmarsch vom Festplatz.
- 8.00 Uhr abends Festball in der Turnhalle unt. gütiger Mitwirkung des schwäbischen Vortragskünstl. Otto Siber mit seiner Partnerin Eläre Pesten vom Linden-Kabarett hier.

Zu den Veranstaltungen ladet der Fußball-Verein Wildbad seine verehrl. Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder, sowie die verehrl. Einwohner und Sportfreunde von Wildbad und Umgebung und die sil. Kurgäste freundlichst ein.

### Der Ausschuss.

N.B. Zum Festzug haben sämtl. aktiven Mitglieder im Sport zu erscheinen. — Den Sportinteressenten ist Gelegenheit zur Autobenützung geboten, für die verehrl. Damenwelt steht Auto-Omnibus zur Verfügung. Abfahrtszeiten der Autos: 1.30 Uhr ab Bahnhof, ab 2.00, 2.30 und 3.00 Uhr vom Katharinenstift.

Mitglieder haben zum Festball freien Eintritt unter Vorzeigung der Mitgliedskarte. — Diejenigen Mitglieder, die noch keine Mitgliedskarte haben, können diese in der „Alten Linde“ abholen.

## Gewerbeverein Wildbad.

Durch Vermittlung der Handwerkskammer Reutlingen wird am Samstag, den 19. d. Mts. abends 7 1/2 Uhr im Gasth. zur „Eisenbahn“ Herrn Finanzsekretär Pfingstler einen

**Vortrag über die neuen Steuern** halten. Die Mitglieder werden zu diesem überaus wichtigen Vortrag eingeladen.  
 Der Vorstand.

## Verein ehem. Soldat. u. Kriegsteilnehmer.

Der Fußballverein Wildbad ladet die Kameraden zu seiner morgen stattfindenden Feierlichkeit herzlichst ein.  
 Der Vorstand.

## Färberei Staiger, Pfullingen

empfehl. sich im

### Färben und im Reinigen

von Stoffen u. Kleidungsstücke aller Art, bei tadelloser, gewissenhafter Ausführung, 10- bis 14täg. Lieferzeit.

Annahmestelle: Frau Marie Rothfuß, Wilhelmstr. 79.

## Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der

### Direction der Disconto-Gesellschaft

Zweigstelle Wildbad

früher Stahl & Federer, Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Staatspapiere.	Pfandbriefe.	Industrie-Obligat.	Aktien.
5% Deutsch. Reichsanleihe 79 1/2	4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank 108 75	4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodaf. 115.—	Darmstädter Bank 154.90
4% dergl. 74.—	4% Frankf. Hypothekenbk. 109.90	5% Chem. Fabr. Griesheim 108.—	Deutsche Bank 290.50
5% I. Deutsche Schatzanzw. 100.—	3 1/2% dergl. 91.—	4 1/2% Allg. Flektr.-Ges. 108.—	Disc.-Kommandit Antelle 906.—
4 1/2% dergl. p. l. 4. 1924 91.—	4% Frkf. Hypoth.-Cred. 108.—	5% D. Ueborsees-El.-Ges. 107.50	Dresdner Bank 179.—
Deutsche Sparpr. Anl. 1919 91.—	3 1/2% dergl. 85.—	4 1/2% Maschinenf. Essling 101.50	Hochmer Bergb.-Gussst. 255.—
4% Preuss. Konsols 79.40		4 1/2% M. Hohner A.-G.-Obl. 104.—	Deutsch-Luxemb.-Bergw. 285.—
3 1/2% dergl. 69.40			Gelsenkirchener Bergwerk 293.—
3% dergl. 58.50			Gelsenkirchener Gussstahl 475.—
4% Bad. Staats-Anleihe 85.50			Harpener Bergbau 353.—
3 1/2% dergl. 81.—			Mannesmann 284.—
4% Württ. Staats-Anleihe 85.—			Phoenix Bergbau 407.—
3 1/2% dergl. v. 1875 98.—			Allg. Elektr.-Ges. 276.—
3 1/2% dergl. v. 1879/80 79.—			Bad. Anilin- u. Sodafabr. 456.—
3 1/2% dergl. v. 1885/90 79.—			Chem. Fabr. Griesheim 394.—
3 1/2% dergl. v. 1908 u. ff. 78.—			Daimler Werke 211.—
3% dergl. 74.50			Maschinenfabrik Esslingen 309.50
			Fabr. Junghans 229.75
<b>Städte-Obligat.</b>			Magirus 186.—
4% Baden-Baden 100.—			Siemens u. Halske 299.50
3 1/2% dergl. —			Hamburg-Amerika Pak. 183.50
4% Darmstadt 96.50			Nordd. Lloyd 178.—
3 1/2% dergl. 84.—			
4% Esslingen 95.—			
4% Frankfurt a. M. 111.—			
3 1/2% dergl. 92.—			
4% Freiburg i. Br. 99.—			
3 1/2% dergl. 81.—			
4% Karlsruhe i. Bad. —			
3 1/2% dergl. —			
4% München 95.50			
3 1/2% dergl. —			
4% Pforzheim 95.50			
3 1/2% dergl. —			
4% Stuttgart 100.—			
3 1/2% dergl. 86.—			
4% Ulm a. D. —			
3 1/2% dergl. —			
<b>Pfandbriefe.</b>			
5% Württ. Hypothekenbk. 102 75			
4 1/2% dergl. - verlosbar - 88.—			
3 1/2% dergl. per 1912/15 90.50			
5% Württ. Kreditverein 105 50			
3 1/2% dergl. - ganzjährig - 98.50			
3 1/2% dergl. - halbjährig - 91.—			

**Waldorf-Astoria-Salm-Aleikum-Cigaretten**  
 zu 25, 30, 40, 50 u. 60 Pf.  
 100 St. entsprechenden Rabatt,  
 bei  
 Chr. Schmid u. Sohn,  
 Tabakwarengroßhdlg.  
 König-Karlstr. 68.



Neue ital. **Kartoffeln**  
 pro Pfund 1.20 bei engros Preisermäßigung, empfehlen  
 Pfannkuch u. Co.

## Turn-Verein Wildbad.

Zum Festzug und den übrigen Feierlichkeiten des Fußballvereins Wildbad laden wir unsere Mitglieder herzlichst ein. Zufere Mitwirkung 1/2 Uhr im Lokal. Der Vorstand.

**Wasserdichte Pferddecken,**  
 aus prima Segeltuch, dto.  
**Rucksäcke,**  
 (Hamsterfäcke), ferner  
**Garnaschen,**  
**Pferdeohrenklappen,**  
 aus Garn und Stoff,  
 pr. Holenträger,  
 (Gummi) Friedensware,  
 empfiehlt  
**E. Hagenlocher,**  
 Sattler.  
 NB. Habe im Auftrag  
 3 Schaukästen,  
 zum Aushängen, billigst zu  
 verkaufen.

Ein neuer  
**Verkaufsstand,**  
 geeignet für Obst- od. Bienenstand, 2 Mtr. lang, 1,70 Mtr. hoch, preiswert zu verkaufen.  
 Gärtnerei Lemberg,  
 Villa Sommerberg.

Eine Partie  
**junge Hasen,**  
 aus bester Zucht, hat preiswert zu verkaufen.  
**E. Hagenlocher.**

**Liederkranz Wildbad**  
 Heute abend  
**Probe.**  
 Der Vorstand.